

Kuba-Krise in Zeitlupe?

Die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler warnt vor der Gefahr eines Nuklearwaffeneinsatzes im Ukraine-Krieg.

Die Kuba-Krise brachte die Welt im Oktober 1962 an den Rand eines Atomkriegs. Heute ist die Welt wegen des Ukraine-Kriegs erneut durch den Einsatz von Nuklearwaffen gefährdet, wobei Europa unmittelbar betroffen ist. Darauf weist die Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) in einer Stellungnahme hin, die auf der Arbeit der Studiengruppe „Europäische Sicherheit und Frieden“ basiert.¹⁾ Die VDW betont, dass eine Kombination von öffentlich kommunizierter Standfestigkeit und der Nutzung persönlicher Gesprächskanäle bei gleichzeitig signalisierter Verhandlungsbereitschaft die nukleare Katastrophe in der Kuba-Krise abgewendet habe. Dies alles sei auch heute notwendig.

Präsident Putin hat seit Kriegsbeginn mehrfach und zuletzt eindringlich mit dem Einsatz russischer Atomwaffen gedroht. Mittlerweile habe sich die Rhetorik wechselseitiger Drohungen nach oben geschraubt,

so die VDW. US-Präsident Biden warnte Russland massiv vor einem Armageddon, und der ukrainische Präsident Selenskyj brachte Präventivschläge ins Spiel, um einen Atomwaffeneinsatz Russlands unmöglich zu machen. Eine weitere Gefahr gehe von der bedrohlichen Lage für das von russischen Streitkräften besetzte größte ukrainische Kernkraftwerk Saporischschja aus, dessen Areal wiederholt von Raketen beschossen wurde.

Um eine weitere Eskalation bis hin zum tatsächlichen Einsatz von Nuklearwaffen abzuwenden, verbiete sich ein Abrücken des Westens von einer verantwortungsbewussten Unterstützung der Ukraine als dem Opfer eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges. Die VDW nennt einige Punkte für einen verantwortbaren Umgang mit der gegenwärtigen Konfrontation:

- Aufbau und Intensivierung einer direkten Krisenkommunikation zwischen den Atomwaffenstaaten, insbe-

sondere zwischen Russland, den USA und der NATO,

- entschiedenes Hinwirken auf ein rasches Ende der Kriegshandlungen durch Russland,

- verstärkte internationale Bemühungen um eine diplomatische Beendigung des Krieges unter Wahrung der Souveränität der Ukraine,

- Wiederaufnahme des amerikanisch-russischen Dialogs über strategische Stabilität und zur kooperativen Sicherheit,

- entschlossene Fortsetzung der Zusammenarbeit zur globalen Nichtverbreitung von Nuklearwaffen, insbesondere durch Hinwirken auf eine Wiederbelebung des Atomabkommens mit dem Iran (Joint Comprehensive Plan of Action).

VDW / Alexander Pawlak

1) Die vollständige Stellungnahme findet sich unter vbw-ev.de/stellungnahme-kuba-krise-in-zeitlupe

Abgesetzter Astronom

Die Universität Leiden setzt Tim de Zeeuw aufgrund inakzeptablen Verhaltens ab.

Mitte Oktober veröffentlichte die Universität Leiden, Niederlande, eine Erklärung, dass einer ihrer Professoren mehrere Kolleg:innen über einen längeren Zeitraum hinweg eingeschüchtert und sich inakzeptabel verhalten habe. Dies ist das Ergebnis der Untersuchung eines unabhängigen Beschwerdeausschusses. Zuvor hatte es verschiedene Beschwerden gegeben. Ende November veröffentlichten niederländische Zeitungen den Namen des Professors: Tim de Zeeuw, der von 2007 bis 2017 Generaldirektor der ESO war und über die Entstehung von Galaxien forschte.

Tim de Zeeuw ist seit Mai freigestellt und wird auch nicht an die Universität Leiden zurückkehren: Er darf keine Promovierenden mehr betreuen, behält jedoch seinen Profes-

sorentitel. Über seine Anwältin hat de Zeeuw eine Erklärung abgegeben und eingeräumt, „unpleasant and impatient in an old-fashioned way“ gewesen zu sein, „which no longer fits in the current spirit of the times.“ Es sei aber nie seine Absicht gewesen, Menschen zu verletzen oder ihnen zu schaden.

Die Präsidentin der Universität Leiden, Annetje Ottow, führte aus, um welches Fehlverhalten es sich handelte: „Wir sprechen hier von ‚inakzeptablem und einschüchterndem‘ Verhalten. Dazu gehören Machtmissbrauch, geschlechtsspezifische Diskriminierung und die systematische Verunglimpfung und Herabsetzung von Mitarbeitenden. Dazu gehört unangemessenes Verhalten mit einem Anteil der sexuellen Einschüchterung.

[...] All dies geschah unter der ständigen Drohung, der Karriere zu schaden. Und leider dauerte dies mehrere Jahre lang an.“ Sie bedauerte, dass nach früheren Beschwerden zu wenig unternommen worden sei. „Wir wollen diese Art von inakzeptablem Verhalten in Zukunft verhindern oder es zumindest in einem viel früheren Stadium erkennen, sodass umgehend Maßnahmen ergriffen werden können.“

Der Beschwerdeausschuss hat dem Präsidium empfohlen, auf eine Verbesserung des Arbeitsumfelds an dem betreffenden Institut hinzuwirken. Der Vorstand nimmt diese Empfehlung an und wird mit Fakultät und Institut zusammenarbeiten, um ein sichereres Umfeld zu schaffen.

Maike Pfalz